

535805-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Stellenvermittlung – Rahmenvertrag - externe Personaldienstleistung
(Headhunting)

OJ S 147/2026 03/08/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: DRV Bund Einkaufsmanagement

E-Mail: vergabestelle@drv-bund.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer zentralen Regierungsbehörde kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Sozialwesen

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Rahmenvertrag - externe Personaldienstleistung (Headhunting)

Beschreibung: Rahmenvereinbarung mit maximal 4 Wirtschaftsteilnehmern zum Einkauf von externen Personaldienstleistungen in Form von Executive Search (Headhunting) und Begleitung von internen und externen Personalauswahlverfahren bei bestimmten Fach- und (herausgehobenen) Führungspositionen bzw. Schlüsselpositionen

Kennung des Verfahrens: 96b4f8fe-17c8-4f35-8523-55137f708d0c

Interne Kennung: FV15-26-0097-31-99

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 79610000 Stellenvermittlung

2.1.2. Erfüllungsort

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

2.1.3. Wert

Höchstwert der Rahmenvereinbarung: 1 167 000,00 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: 1) Hinweise zur Abgabe von Angeboten Die Angebote müssen grundsätzlich über das Bietercockpit der Deutschen Rentenversicherung Bund (<https://www.deutsche-rentenversicherung-bund.de/einkaufskoordination/NetServer>) ausgefüllt und übersandt werden. Weitere Hinweise hierzu entnehmen Sie bitte den Vergabeunterlagen, insbesondere der Anlage "Hinweise zur Abgabe elektronischer Angebote". Bei technischen Problemen mit der Vergabesoftware wenden Sie sich bitte an unsere Hotline (Telefon: 030 /865-84776, EMail: zeus-verbindungsstelle@drv-bund.de). 2) Bieterfragen Bieterfragen mit Anspruch auf Beantwortung müssen bis zum 26.08.2026 über die Vergabeplattform gestellt

werden und werden bis zum 02.09.2026 beantwortet. Später eingehende Bieterfragen können ggf. nicht bzw. nicht vor Ablauf der Angebotsfrist beantwortet werden. Die Angebotsfrist wird in diesem Fall nicht verlängert (vgl. § 20 Abs. 3 VgV). 3) Der Bieter/die Bietergemeinschaft hat mit dem Angebot folgende Unterlagen einzureichen: - vollständig elektronisch im Bietercockpit ausgefülltes Leistungsverzeichnis - vollständig elektronisch im Bietercockpit ausgefülltes Angebotsschreiben - die ausgefüllte Anlage "Unternehmensreferenzen" Die Angaben müssen nachprüfbar sein. - das in der Anlage "Bewertungsmatrix_Qualität des Konzepts" geforderte Konzept auf separater Unterlage Auf gesonderte Anforderung der Auftraggeberin sind einzureichen: - das vollständig ausgefüllte Kreditorenstammdatenblatt - Unbedenklichkeitsbescheinigung des zuständigen Finanzamtes (bei nachgewiesener Nichtausstellung durch das Finanzamt ist auch eine Erklärung des Steuerberaters zulässig) (nicht älter als 12 Monate) - Nachweis der ordnungsgemäßen Zahlung der Sozialbeiträge (nicht älter als 12 Monate) - Bescheinigung der Berufsgenossenschaft über die ordnungsgemäße Zahlung der Beiträge (nicht älter als 12 Monate) Die editierbaren Dateien dürfen inhaltlich nicht verändert werden. Es sind lediglich die notwendigen Eintragungen/Unterschriften vorzunehmen. Hinweis: Für den Fall der Einbeziehung von Unterauftragnehmern oder bei Bietergemeinschaften sind sämtliche mit dem Angebot einzureichende Eignungsnachweise und sonstigen Erklärungen auch für die Unterauftragnehmer bzw. die Mitglieder der Bietergemeinschaft einzureichen.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

VgV -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Es gelten die zwingenden bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. Das Nichtvorliegen ist in der Regel durch Eigenerklärung zu belegen.

Korruption: Es gelten die zwingenden bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. Das Nichtvorliegen ist in der Regel durch Eigenerklärung zu belegen.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Es gelten die zwingenden bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. Das Nichtvorliegen ist in der Regel durch Eigenerklärung zu belegen.

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Es gelten die zwingenden bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. Das Nichtvorliegen ist in der Regel durch Eigenerklärung zu belegen.

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Es gelten die zwingenden bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. Das Nichtvorliegen ist in der Regel durch Eigenerklärung zu belegen.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Es gelten die zwingenden bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. Das Nichtvorliegen ist in der Regel durch Eigenerklärung zu belegen.

Betrug: Es gelten die zwingenden bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. Das Nichtvorliegen ist in der Regel durch Eigenerklärung zu belegen.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Es gelten die zwingenden bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. Das Nichtvorliegen ist in der Regel durch Eigenerklärung zu belegen.

Zahlungsunfähigkeit: Es gelten die zwingenden bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. Das Nichtvorliegen ist in der Regel durch Eigenerklärung zu belegen.

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Es gelten die zwingenden bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. Das Nichtvorliegen ist in der Regel durch Eigenerklärung zu belegen.

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Es gelten die zwingenden bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. Das Nichtvorliegen ist in der Regel durch Eigenerklärung zu belegen.

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Es gelten die zwingenden bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. Das Nichtvorliegen ist in der Regel durch Eigenerklärung zu belegen.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Es gelten die zwingenden bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. Das Nichtvorliegen ist in der Regel durch Eigenerklärung zu belegen.

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Es gelten die zwingenden bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. Das Nichtvorliegen ist in der Regel durch Eigenerklärung zu belegen.

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Es gelten die zwingenden bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. Das Nichtvorliegen ist in der Regel durch Eigenerklärung zu belegen.

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Es gelten die zwingenden bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. Das Nichtvorliegen ist in der Regel durch Eigenerklärung zu belegen.

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Es gelten die zwingenden bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. Das Nichtvorliegen ist in der Regel durch Eigenerklärung zu belegen.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: Es gelten die zwingenden bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. Das Nichtvorliegen ist in der Regel durch Eigenerklärung zu belegen.

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Es gelten die zwingenden bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. Das Nichtvorliegen ist in der Regel durch Eigenerklärung zu belegen.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Es gelten die zwingenden bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. Das Nichtvorliegen ist in der Regel durch Eigenerklärung zu belegen.

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Es gelten die zwingenden bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. Das Nichtvorliegen ist in der Regel durch Eigenerklärung zu belegen.

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Unzulässige Interessenwahrnehmung nach § 108f des Strafgesetzbuches (§ 123 Abs. 1 Nr. 7 GWB)

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Rahmenvertrag - externe Personaldienstleistung (Headhunting)

Beschreibung: Abschluss einer Rahmenvereinbarung mit 4 Wirtschaftsteilnehmern über die Durchführung externer Personaldienstleistungen (Headhunting) für die Bestzung von bestimmten Fach- und Führungspositionen in der Deutschen Rentenversicherung Bund (Standorte Berlin, Brandenburg a.H., Gera, Stralsund, Würzburg, Rehazentren bundesweit). Einzelaufträge werden im Miniwettbewerb anhand von Verhandlungsvergaben vergeben.

Hierbei werden sämtliche Vertragspartner angeschrieben und zur erneuten Angebotsabgabe aufgefordert, als Zuschlagskriterium wird neben dem Preis auch die Qualität gewertet. Innerhalb der Vertragsdauer von 4 Jahren wird davon ausgegangen, dass circa 16 Stellen zu besetzen sein werden. Folgende herausgehobene Funktionen der Führungsebene F 1 und C-Direktoriumsebene werden schwerpunktmäßig gesucht: • Abteilungsleiter/-innen der der Bes. Gr. B2/B3 BBesO bzw. Sondervertrag mit einem außertariflichen Entgelt entsprechend der Bes. Gr. B2/B3 BBesO • Chief Information Officer der Bes. Gr. B5 BBesO bzw. Sondervertrag mit einem außertariflichen Entgelt entsprechend Bes. Gr. B5 BBesO • Chief Operation Officer der Beamtenbesoldungsgruppe Bes. Gr. B5 BBesO bzw. Sondervertrag mit einem außertariflichen Entgelt entsprechend Bes. Gr. B5 BBesO • Chief Service Officer der Beamtenbesoldungsgruppe Bes. Gr. B5 BBesO bzw. Sondervertrag mit einem außertariflichen Entgelt entsprechend Bes. Gr. B5 BBesO Darüber hinaus werden folgende Berufsgruppen schwerpunktmäßig gesucht: • Professur für den Fachbereich Sozialversicherung der Hochschule des Bundes, insbesondere der Ausrichtung Wirtschaftsund Sozialwissenschaften sowie Rechtswissenschaften der Bes. Gr. B2 BBesO bzw. Sondervertrag mit einem außertariflichen Entgelt • Ärzte und Ärztinnen für die Hauptverwaltung am Standort Berlin, inkl. der bundesweit vertretenden Rehabilitationszentren der DRV Bund der Bes. Gr. A 14/A 15 bzw. Entgeltgruppe E 14/E 15 TV EntgO-DRV • Ingenieure und Ingenieurinnen der Bes. Gr. A 12 bis A16 bzw. Entgeltgruppe E 12 bis E 15 TV EntgO-DRV bzw. Sondervertrag mit einem außertariflichen Entgelt TV EntgO-DRV • Architekten und Architektinnen der Bes. Gr. A12 bis A15 bzw. Entgeltgruppe E 12 bis E 15 TV EntgO-DRV • IT-Schlüsselfunktionen (High Expert) der Bes. Gr. A12 bis A15 bzw. Entgeltgruppe E 12 bis E 15 TV EntgO-DRV • ggf. weitere Engpassberufe nach Vorgaben der DRV Bund
Interne Kennung: LOT-0000

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 79610000 Stellenvermittlung

5.1.2. Erfüllungsort

Land: Deutschland
Ort im betreffenden Land

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/11/2026
Enddatum der Laufzeit: 31/10/2030

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Nicht erforderlich

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja
Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein
Zusätzliche Informationen: Der eingetragene Höchstwert der Rahmenvereinbarung entspricht nicht dem geschätzten Auftragswert.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Qualität des Konzepts

Beschreibung: siehe Vergabeunterlagen

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 70

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Preis

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.deutsche-rentenversicherung-bund.de/einkaufskoordination/NetServer/PublicationControllerServlet?function=Detail&TWOID=54321-Tender-19d1ab847a9-cd3056d298769e8&PublicationType=0>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://www.deutsche-rentenversicherung-bund.de/einkaufskoordination/NetServer/>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 09/09/2026 14:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 53 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Auftraggeberin kann noch weitere Nachweise fordern, sobald sie Zweifel an der Eignung des Bieters/der Bietergemeinschaft oder den Nachunternehmern hat.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung mit erneutem Aufruf zum Wettbewerb

Höchstzahl der Teilnehmer: 4

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Bundeskartellamt, Vergabekammer des Bundes

Informationen über die Überprüfungsfristen: Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Im Übrigen sind Verstöße gegen Vergabevorschriften innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen nach Kenntnis gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Ein Nachprüfungsantrag ist innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der zuständigen Vergabekammer zu stellen (§ 160 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)). Die o.a. Fristen gelten nicht, wenn der Auftraggeber gemäß § 135 Absatz 1 Nr. 2 GWB den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist. Setzt sich ein Auftraggeber über die Unwirksamkeit eines geschlossenen Vertrages hinweg, indem er die Informations- und Wartepflicht missachtet (§ 134 GWB) oder ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist, kann die Unwirksamkeit nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union (§ 135 GWB).

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: DRV Bund Einkaufsmanagement

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Vergabeplattform der Deutschen Rentenversicherung Bund

8. Organisationen

8.1. ORG-7001

Offizielle Bezeichnung: DRV Bund Einkaufsmanagement

Registrierungsnummer: 992-80003DRVB1-17

Postanschrift: Ruhrstraße 2

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10704

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabestelle@drv-bund.de

Telefon: +49 308650

Fax: +49 3086584790

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-7002

Offizielle Bezeichnung: Vergabeplattform der Deutschen Rentenversicherung Bund

Registrierungsnummer: 992-80003DRVB1- 17

Postanschrift: <https://www.deutsche-rentenversicherung-bund.de/> einkaufskoordination
/NetServer

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10704

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabestelle@drv-bund.de

Internetadresse: <https://www.deutsche-rentenversicherung-bund.de/einkaufskoordination/NetServer/>

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-7004

Offizielle Bezeichnung: Bundeskartellamt, Vergabekammer des Bundes

Registrierungsnummer: entfällt

Postanschrift: Kaiser-Friedrich-Str. 16

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53113

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: info@bundeskartellamt.bund.de

Telefon: +49 22894990

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-7005

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: e252e77b-0d1c-455c-b2f6-177ea1ca939c - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 31/07/2026 06:56:59 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 535805-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 147/2026

